

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich für Postabonnenten sind beide Ausgaben vormittaglich „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder und literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wandlung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung bei Anfall der Lieferung wogegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: am Zelle 25 Pfennig. Familienanzeigen am Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein & Co. Verlagsredaktion: Georg Bernbard Verow.  
Redaktionsrat: Hans D. Handmann; Carl Milliet Berlin Verow.  
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Paris beiliegend

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 2800-3665, für den Fernverkehr: Am Dönhofs 2800-3600. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Sanierung der Finanzen

### Moldenhauers Staatsvorschlag / 700 Millionen Defizit zu decken Vorläufig keine Steuererhöhung / Erhöhte Bier- und Umsatzsteuer

Im Reichskabinett hat der Finanzminister Moldenhauer am Mittwoch seinen Staatsvorschlag für 1930 vorgelegt. Die besondere politische Bedeutung dieses Etats ist bekannt. Der Haushaltsplan für 1930 soll gleichzeitig das Finanzprogramm sein, das auf dem Young-Plan basiert, und eine finanzielle Sanierung des Reiches sowohl wie der Länder bringen.

Im Reichstag, der der Sauger Abkommen mit 48 gegen sechs Stimmen bei zwölf Enthaltungen, alle mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen hat, waren Reichsfinanzminister Dr. Carliss und Dr. Moldenhauer erschienen, gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Selb Stellung zu nehmen. Bei der Beratung der Entscheidung über den Young-Plan forderte, der Chef der bayerischen Regierung hat, gemüht aber unfruchtbar, Kritik und Wirkung miteinander verwechselte. Er hat die Betrugung der Abkündigung mit der Begründung gefordert, daß man solange nicht über den Young-Plan einverstanden sei, als kein Gemüht über das Finanzprogramm vorliegt.

Dr. Moldenhauer hat den Ministerpräsidenten des zweitgrößten Freistaates konkret aufzählen machen können, daß die Annahme des Young-Plans erst die Voraussetzung stelle für die Arbeitslosenregel, für eine Sanierung der Reichs- und der Landesfinanzen. Der bayerische Ministerpräsident hat sich dem Vorschlag ausgesprochen, daß kein Betrugungsantrag nicht einmal zur Abkündigung gebracht werden konnte, weil er selbst dafür nicht die genügende Unterstützung fand.

Dr. Moldenhauer muß, daß der erste von ihm eingebrachte Etat nicht nur formal, sondern in Wirklichkeit balanciert, daß für alle Ausgaben die Deckung aus tatsächlich vorhandenen Mitteln ist. Es ist richtig, daß es gerade ein aus der Deutschen Reichsregierung kommender Finanzminister ist, der diesen Grundbegriff aufstellt, weil es nämlich die Deutsche Reichsregierung gewesen ist, die im vergangenen Jahre eine Fiktion des Etats erzwungen hat, woraus sich am Schlusse des Jahres das katastrophale Rollenbild ergab.

Dr. Moldenhauer einen christlichen Etat will, muß er zunächst allen Träumen von einer Steuererhöhung 1930 ein Ende bereiten. In diesem Sinne kann von einer Bewirtschaftung des Finanzprogrammes, das im Dezember 1929 im Reichstag ver-

füßt worden ist, vorläufig keine Rede sein. Es wird vielleicht möglich sein, dieses Programm grundsätzlich aufrecht zu erhalten. Die Durchführung der Steuererhöhung wird aber auf 1931, vielleicht auch noch auf ein späteres Jahr verschoben werden müssen. Es zeigt sich jetzt, wie recht nur zwei Monaten jenseits hatten, die es abgeben, sich auf Steuererhöhungen festlegen.

Statt der Steuererhöhung wird eine Steuer-Erhöhung kommen müssen, trotz der Erleichterung, die der Young-Plan im Haushaltsplan bringt. Dr. Moldenhauer rechnet für 1930 mit einem Mehraufschlag von rund 700 Millionen Mark. (Die 915 Millionen, die nach den Berechnungen im Finanzprogramm für die Steuererhöhung zur Verfügung stehen sollen, werden aufgebracht: die durch die 450 Millionen, die nach dem Willen des Reichsfinanzministers Dr. Schmidt zur außerordentlichen Schuldenentlastung verwendet werden sollen; 2. durch den Mehraufschlag von 154 Millionen, der sich aus dem Jahr 1928 ergibt; 3. durch die Ausgaben-Erhöhung um 85 Millionen Mark, die ein niedrigerer Zinseszins von 178 Millionen Mark gegenüberstellt; 4. durch geringere Uberschüsse der Reichspost ufm.). Das Defizit für 1930 liegt sich ungefähr zusammen aus dem Mehraufschlag im Haushaltsplan für 1929 in der Höhe von 105 Millionen, aus den Streben für die Sozialversicherung in der Höhe von rund 400 Millionen Mark und aus den Ausgaben aus Steuererhöhungen in der Höhe von etwa 130 Millionen Mark (davon 50 Mill. und Beträge 103 Millionen, 500 30 Millionen). Die Differenz stellt also eine Steuer-Steuererhöhung dar.

Die Verfürgung dieses Defizits macht der Reichsfinanzminister folgende Vorschläge: Es will die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung aus dem Reichschatz zunächst eliminieren in der Höhe, daß die Kredit- und die Versicherungsgebühren werden sollen von der Angestellten-Versicherung einbezogen und der Arbeitslosenversicherung-Ansatz abgerechnet. Dieser Vorgang soll für zwei Jahre getroffen werden. Dr. Moldenhauer geht von der Voraussetzung aus, daß von 1932 ab die Arbeitslosen-Versicherung in der Lage sein werde, aus eigenem die Kredit abzutragen.

Der verbleibende Mehraufschlag soll gedeckt werden durch eine Erhöhung der Biersteuer, die 180 Millionen ergeben würde und eine

Erhöhung der Umsatzsteuer um  $\frac{1}{2}$  v. H., die im Staatsjahr 1930 dem Reich 190, den Ländern 80 Millionen bringen soll. Dadurch würden 270 Millionen gedeckt werden, der restliche Mehraufschlag müßte durch Gehaltssteife aufgebracht werden. Für den Fall, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer nicht gemüht werden sollte, ist an eine doppelte Erhöhung der Biersteuer gedacht, die 300 Millionen bringen würde, daneben noch einige kleinere Steuern.

Auf diese Weise will Dr. Moldenhauer das Rollenbild beilegen, die Reichsfinanzen sanieren und die Möglichkeit für die allmähliche Annullierung eines Reichsamt-Fonds schaffen.

Die Sanierung der Länder-Etats könnte nach den Vorschlägen Dr. Moldenhauers entweder durch die Erhöhung der Uberschüsse

## Attentat auf den mexikanischen Präsidenten

New York, 5. Februar (W. T. B.)

Am Mittwoch nachmittags fand in Mexiko-Stadt die feierliche Amtseinführung durch den neuen Präsidenten Ortiz Rubio statt. 40 000 Zuschauer nahmen an den Feierlichkeiten teil. Als Präsident Rubio den Nationalpalast verließ, feuerte ein junger Mann sechs Schüsse auf den Präsidenten ab, die jedoch die Ziel verfehlten. Der Täter wurde festgenommen und sofort einem Verhör unterzogen. Er verweigerte jedoch jede Aussage über seine Person und die Beweggründe für seine Tat.

Rubio und sein Amtsanwärtiger führen in der Mittagsstunde unter militärischer Deckung. Die Besichtigung, die von dem Präsidenten des mexikanischen Kongresses vorgenommen wurde, gegen ein launischer Stille der Menge vor sich, worauf der neue Präsident eine kurze Antisubstanz verlor; diese heißt die guten internationalen Beziehungen hervor, deren sich Rubio überall in der Welt, besonders in den Vereinigten Staaten, erfreue und vertritt, daß sich die neue Regierung hauptsächlich um das Schicksal der Massen kümmern werde. Als zunächst zu lösende Probleme nennt die Reichsregierung die Arbeitslosigkeit und das Reichsbudget.

gen erfolgen oder durch die Ermächtigung, einen größeren Teil der Staatsfinanzen für Verwaltungszwecke zu verwenden.

Es war von vornherein darauf zu rechnen, daß im Reichskabinett selbst eine Verärglerung über das finanzielle Programm vorzunehmend liegen würde. Seit der Freigabe von Freizügigkeit und der gemeinsamen Ausweisung von Rabatten und Parteilichkeiten hatten, und es sich zeigen mußten, wie weit die Parteien aneinander sind, den Vorschlägen zu folgen, vor allem, wie sich die Bayerische Reichsregierung zur Erhöhung der Biersteuer stellt, von der ein beträchtlicher Teil wieder Bayern selbst gutgekommen würde. Der Gedanke, den Reichstag von den Streben für die Arbeitslosen-Versicherung zu entlasten und die Kredit aus anderer Quelle fließen zu lassen, ist bei den Sozialdemokraten auf Widerstand gestoßen.

Wie immer, wenn es sich um Finanzprogramme handelt, werden Freizügigkeit und Arbeitslosenversicherung, aufeinanderstoßen. Jeder Endes wird auch hier die politische Erwägung den Ausweg im Reichstag sein. Die „Reichszeitung“ wieder darauf hingewiesen wird, daß hinter dem Verlangen nach Klarheit über das Finanzprogramm der Verwirklichung des Young-Plans die Frage steht, wie lange die gegenwärtige Koalition bestanden bleiben wird? Wie sehen hier eine katastrophale Beschäftigung, Zentrum und Deutsche Reichsregierung wollen die Sozialdemokratie für die nächsten Jahre auf weiters nicht an der Fortführung entlassen. Wie diese Mittelpartei besteht sicherlich bei der Hand, den gegenwärtigen Kurs Rubio zu erhalten, mindestens bis zum Ablauf der Reichsperiode.

Wenn die Mittelpartei nicht mehr, daß die Sozialdemokratie nicht unmittelbar nach der Verwirklichung des Young-Plans die Koalitionsgemeinschaft verliert, dann wird sich über Systeme und Aufbau der Finanzreform eine Verständigung viel leichter erreichen lassen, und umgekehrt wird eine Vereinbarung über die finanzielle Arbeitseinstellung, über die finanzielle Sanierung von Reich und Ländern, den Zusammenhalt der Koalition für die zweite Hälfte der Reichsperiode wesentlich erleichtern.

Darum geht es letzten Endes bei den Verhandlungen dieser Frage: Stabilität des Kurses im Reich und in Preußen.

An der gestrigen Kabinettsitzung wurde in Aussicht genommen, im Freitag eine Verhandlung mit den Parteiführern über den Staatsantrag abzuhalten.

## Tardieux schwindende Mehrheit

Paris, 5. Februar / Ullstein-Nachrichtendienst

Tardieux, der am Samstag sehr zuverlässig und scheinbar von London zurückgekehrt ist, nachdem er einen kurzen Aufenthalt in Calais dazu benutzte hatte, die Gerüchte von einer Entlassung des Kabinetts kategorisch zu dementieren, hat heute Paris sehr bescheiden wieder verlassen. Die turbulenten Geschicknisse des gestrigen Tages haben ihn jedoch nicht beirrt, daß der Akt in seiner Mehrheit nicht viel tiefer geht, als es bisher geschildert wurde, und daß seine Strategie, er konnte nur auf ein einziges Stadium nach Paris zu kommen, um das Gewerbe parlamentarischer Intrigen mit energischer Faust zu verfolgen, auf einer hohen Uberschätzung seines eigenen Prestiges beruhte.

Die Weigerung Danielous, des Präsidenten der Radikalen Führer der Reichsversammlung teilzunehmen, hat zwar bei den rechtschönen Elementen dieser Gruppe einigen Widerspruch hervorgebracht, doch die Mehrheit der Radikalen aber hat sich geschlossen hinter ihren Führer gestellt, und die Zustimmung, mit der Tardieux im dem letzten veröffentlichten „Journal Communiste“ die Gruppe gegen ihren Präsidenten auszusprechen verurteilt hat, dürfte kaum dazu angehen sein, die Opposition zu mildern. Der Abbruch der Radikalen Einien in die Opposition aber würde die Mehrheit, die bisher die parlamentarische Basis des Kabinetts gebildet hat, eine Situation zusammenbrechen lassen, die sich nicht mindern auf wenige Elemente zusammenführen lassen.

Aber auch mit dem rechten Flügel seiner Koalition hat Tardieux gestern sehr hitzige Auseinandersetzungen gehabt. Seine Mitteilung, daß die Regierung mit Rücksicht auf die finanzielle

Situation in absehbarer Zeit nicht in der Lage ist, die den Arbeitslosen gemachte Zusage einer Altersrente in nächsten Jahre zu erfüllen, ist von einem Teil der anwesenden Parlamentarier mit der getätigten beantwortet worden, daß sie mit Rücksicht auf die ihnen Wählern gemachten Verpflichtungen der Regierung auf diesem Wege nicht zu folgen vermöchten und deshalb zugunsten sein würden, in dieser Frage gegen das Kabinett zu stimmen.

Die Beschlüsse der Sauger Konferenz haben zum Teil eine sehr schmerzliche Wirkung hervorgebracht. Tardieux, der die Vertreter der äußeren Kreise zum Vorwurf machte, daß er bei Artikel 499 verweigert habe, müge auf einer sehr gemäßigten Interpretation der Sauger Vereinbarungen über die Sanktionen seine Zustimmung geben, um Marin, Franklin Bouillon und Genossen zu beruhigen. Er soll nach dem „Echo de Paris“ gesagt haben, daß er im Sauger vereinbarte Sept. Frankreich „im Falle einer von internationalen Schlichterentscheidungen bestätigten böswilligen Einstellung der deutschen Forderungen dazu bereitstehe, deutsche Güter, Graben und das gesamte Rheinfland wieder zu verlassen, ohne daß darin Deutschland eine tatsächliche Handlung sehen dürfte.

Wenig die Darstellung der internationalen Missionen den Sanktionen entspricht, muß dahingestellt bleiben. Sollte Tardieux diese ihm in den Mund gelegte Auslegung tatsächlich getan haben, dann läßt sich nur schiefeln, daß der Wählern Gewalt angedroht und der Sauger Vereinbarung eine deutliche Unterwerfung unter dem Akt 11; mit dem Klaren und einseitigen Wortlaut in unauferbarem Widerspruch steht.